



AGA-Report Nr. 12/2016–2017



Aktiv für gute Arbeit und gute Rente
Wir – die IG Metall

Inhaltsverzeichnis

Ein Blick voraus: 2017 – Jahr der Wahlen! Von Hans-Jürgen Urban	2
Hartz IV – Armut überwinden Politisches Forum 2016: Soziale Gerechtigkeit – Teilhabe statt Ausgrenzung	3
Wie Ingo Giegling geht es vielen Die Rente reicht kaum zum Leben / IG Metall macht sich für andere Politik stark	8
Solidarisch mit jüngeren Beschäftigten Warum und wie sich AGA-Kreise für eine radikale Rentenreform engagieren	10
Wir wollen wieder die volle Parität AGA unterstützt Kampagne für die gesetzliche Krankenversicherung	12
BoB – ein Kürzel, das herausfordert Wie AGA-Aktive die IG Metall bei Betriebserschließungen unterstützen (1)	14
Mit Betriebsrat läuft die Arbeit besser Wie AGA-Aktive die IG Metall bei Betriebserschließungen unterstützen (2)	16
Jubiläen, Neuanfang, Umbruch „AGA ist unverzichtbar“ / „Das Berufsleben endet, die IG Metall bleibt“	18
AGA im Tarifkampf	20
AGA zeigt sich Gedruckt und im Internet: Gewerkschaftliche AGA-/Seniorenpolitik ist in NRW, Hamburg, Berlin, Hannover, Bremen sichtbar	21
Was AGA noch bewegt	22
Gegen das Vergessen Drei Tage Seminar in Buchenwald extra für AGA / Junge und Alte gemeinsam	24
Impressionen vom politischen Forum „Soziale Gerechtigkeit“	26
Bildungsangebote für die AGA-Aktiven im Jahr 2017 Seminare für AGA-Multiplikatoren/-innen, Sozialberaterinnen und -berater und Erwerbslose	27

Ein Blick voraus: 2017 – Jahr der Wahlen!

Ob sinkendes Rentenniveau, Zusatzbeiträge bei der gesetzlichen Krankenversicherung oder Steuerschlupflöcher für die Reichen: Viele Menschen sind empört. Denn sie spüren, dass es um mehr als eine Verteilungsfrage geht.

Der Grundsatz der Parität beschreibt den Sozialkompromiss, mit dem seit Gründung der Bundesrepublik das Verhältnis von „Kapital und Arbeit“ austariert wurde und der unsere Gesellschaft geprägt hat. Ob in Betrieb oder Gesellschaft: Arbeit und Kapital akzeptierten ihre sozialökonomischen Basisinteressen und begegneten sich auf Augenhöhe. Der Staat verpflichtete sich zu einer Politik des Interessenausgleichs. Das Prinzip der Parität ist somit viel mehr als nur eine Finanzierungstechnik.

Seit den 1990er-Jahren hat man sich aber zunehmend von diesem Prinzip und dem damit verbundenen Gesellschaftsentwurf verabschiedet. Die Finanzierung des Sozialstaates wurde immer mehr auf die abhängig Beschäftigten verlagert. Ob Ausgliederungen von Leistungen und Zuzahlungen in der Krankenversicherung oder Teilprivatisierung der Alterssicherung: Sie alle brachen mit dem Prinzip der Parität. Dass damit ein eklatanter Umverteilungsmechanismus aktiviert und der ursprüngliche Sozialkompromiss aufgekündigt wurde, verletzt offensichtlich das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen.

Doch wie könnte eine Rückkehr zur Parität aussehen? Bei der Krankenversicherung hieße das, die Zusatzbeiträge abzuschaffen und die jeweils hälftige Finanzierung wieder einzuführen. Auch Zuzahlungsregelungen müssten auf den Prüfstand.

Bei der Alterssicherung ließe sich die Rückkehr zur Parität als Leitlinie für mehr Verteilungsgerechtigkeit konzipieren. Das liefe auf einen Strategiewechsel in der Rentenpolitik hinaus, der eine auskömmliche gesetzliche Rente wieder zum Sicherungsziel macht und die Beschäftigten davon entlastet, immer größere Teile ihres Einkommens in unsichere kapitalgedeckte Privatpro-



Hans-Jürgen Urban

dukte zu investieren. Hierzu hat die IG Metall Vorschläge vorgelegt.

Die Politik täte gut daran, sich im Wahljahr 2017 und in der neuen Legislaturperiode auf das Prinzip der Parität und damit auf die bewährte gesellschaftliche Friedensformel zu besinnen. Sonst läuft sie Gefahr, die Kluft zwischen „denen da oben“ und „denen da unten“ weiter zu vergrößern und jenen das Feld zu überlassen, die Frust und Wut der Unzufriedenen für ihre rechtschauvinistische und menschenfeindliche Propaganda nutzen wollen.

Metallerinnen und Metaller in den Betrieben und aktive AGA-Gruppen beteiligen sich zahlreich an der Unterschriftenaktion für die Rückkehr zur Parität in der Krankenversicherung. Und sie werben für eine solidarische Rente, die zum Leben reicht. Wenn dieser Schwung die Parteien erreicht, dann lässt sich im Wahljahr gemeinsam einiges bewegen. Dazu will ich Euch ermutigen!

Herzlichst Euer

Hans-Jürgen Urban
geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Hartz IV – Armut überwinden

Politisches Forum 2016: Soziale Gerechtigkeit – Teilhabe statt Ausgrenzung

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland wächst. Dennoch bleibt die Armutsgefährdung seit vielen Jahren unverändert. Viele Menschen sind trotz Erwerbstätigkeit arm. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die IG Metall im Bildungszentrum Beverungen das Forum „Soziale Gerechtigkeit – Teilhabe statt Ausgrenzung: Hartz IV – Armut überwinden“.

20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland – das sind 16,1 Millionen Menschen – waren im Jahr 2015 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Laut Statistischem Bundesamt ist dieser Anteil damit seit dem Jahr 2008 nahezu unverändert. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Hierzu gehören etwa die massive Zunahme atypischer Beschäftigung, die Ausweitung des Niedriglohnssektors, der Abbau von sozialen Leistungen und (Schutz-)Rechten und die wachsende gesellschaftliche Ungleichheit. Beim AGA-Forum wurde eingehend diskutiert, dass diese Entwicklungen Spuren in der Gesellschaft hinterlassen.

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, wies zum Auftakt darauf hin, dass die kollektive Verunsicherung bis in die Mittelschicht hineinrage. Zudem lasse sich ein starkes Misstrauen in die



Wo kommen wir her? Dies markierten die Kolleginnen und Kollegen auf einer Deutschlandkarte. Das Ergebnis war beeindruckend

Fähigkeit der Politik feststellen, Probleme wirklich lösen zu wollen. Die Wahlergebnisse aus dem Jahr 2016 zeigten das anschaulich: „Der rechtschauvinistische Aufschwung beruht nicht zuletzt auf der Mobilisierung prekarierteter Bevölkerungsgruppen und den sozialen und kulturellen Abstiegsängsten der Mittelschicht“, sagte Hans-Jürgen Urban.



Politisches Forum 2016 im IG Metall Bildungszentrum Beverungen

Um hier entgegenzuwirken, sei eine solidarische und soziale Neuausrichtung der Politik dringend erforderlich. Hier sei es auch Aufgabe der Gewerkschaften, entsprechend Druck zu machen und Vorschläge zu unterbreiten. Dies wurde am Beispiel einiger sozialpolitischer Felder diskutiert. So wurde die Abkehr von der paritätischen Finanzierung in der Gesundheitspolitik kritisiert. Der Zusatzbeitrag belaste einseitig die Versicherten. Die Forderung der IG Metall, die Zusatzbeiträge abzuschaffen und zur Parität zurückzukehren, stieß einhellig auf Zustimmung. Ferner wurde für einen Strategiewechsel in der Rentenpolitik plädiert. „Wir müssen jetzt den Sinkflug des Rentenniveaus stoppen und dann über die Anhebung des Niveaus reden“, forderte Hans-Jürgen Urban.



Es gab viele Fragen und Kommentare. Hans-Jürgen Urban ging gerne darauf ein

Er wies zudem darauf hin, dass der Blick nicht nur auf die Lage und Politik in Deutschland gerichtet sein dürfe.

Auch die Entwicklung in Europa sei mit Sorge zu betrachten. Die neoliberale Konstruktion des Euroregimes und die verfehlte Austeritätspolitik hätten die Krise in Europa nicht gelöst, vielmehr seien sie eine ihrer Ursachen und trieben die Spaltung in Europa voran. Hohe Arbeitslosigkeit und mangelnde Zukunftsaussichten für die Jugend, insbesondere in den südlichen Ländern, seien einige der verheerenden Folgen. Der Tenor der Diskussion war auch hier eindeutig: Die Gewerkschaften müssen mit daran arbeiten, alternative Perspektiven und Politikansätze zu bieten.



Vertreter der Erwerbslosen brachten ihre Positionen ein

Anknüpfend an diesen Überblick und die breite Debatte, war das Forum im weiteren Verlauf davon geprägt, ausgewählte Themenbereiche vertiefend zu beleuchten. Die Leitfragen für das Forum waren: Wie können Gewerkschaften reagieren? Was können Lösungsansätze sein?



Einige Aussagen stimmten nachdenklich



Die Aussprache war lebhaft, viele beteiligten sich

Martin Künkler, Referent der Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen (KOS), hinterfragte die praktizierte Ermittlung der Hartz-IV-Regelsätze. Mehr als 7,5 Millionen Menschen müssen von diesen Regelsätzen leben, die eigentlich das Existenzminimum decken sollten. Darunter fallen mehr als 900 000 Langzeiterwerbslose. Und es gibt rund eine Million Betroffene, die von Grundsicherung im Alter, häufig gekoppelt mit Erwerbsminderungsrenten, leben müssen.

Wie kommen die Hartz-IV-Regelsätze zustande? Als Einleitung zitierte Martin Künkler einen Satz von Andrea Nahles aus der Zeit, als sie noch nicht Arbeitsministerin, sondern in der Opposition war: „Die Hartz-IV-Sätze wurden künstlich heruntergerechnet“. Diese Aussage bezog sich auf die Methode, die nun unverändert wiederholt wird. Zur Ermittlung der Regelsätze werden aus einer Befragung der privaten Haushalte (EVS) die Konsumausgaben der ärmsten 15 Prozent der Haushalte herangezogen. Darunter sind auch Haushalte, die selbst in Armut leben. Von den erfassten Ausgaben werden einige als „nicht relevant“ herausgerechnet, wie zum Beispiel Schnittblumen, Weihnachtsbäume und Gaststättendienstleistungen. Als ob Hartz-IV-Familien keinen Bedarf oder Anspruch darauf hätten! Martin Künkler plädierte auch für die Wiedereinführung von Einmal-Hilfen bei langlebigen Verbrauchsgütern wie etwa Waschmaschinen sowie für eine echte bedarfsorientierte Prüfung der Ergebnisse der EVS.



Martin Künkler, Referent von der Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen (KOS)



Konkrete Fragen aus der Sozialberatung vor Ort

Stefanie Janczyk aus dem Ressort Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik/AGA beim IG Metall Vorstand, nahm ebenfalls das Hartz-IV-System in den Blick. Sie nahm das im Sommer 2016 verabschiedete Gesetz zur sogenannten Rechtsvereinfachung des Hartz-IV-Systems kritisch unter die Lupe. Die Gelegenheit für eine dringend notwendige grundlegende Hartz-IV-Reform sei nicht genutzt worden. Bei dem Gesetz handle es sich um eine Fülle unsystematischer Einzeländerungen. Dabei könnten einige wenige positive Aspekte nicht darüber hinwegtäuschen, dass drängende Probleme nicht gelöst würden und viele der sogenannten ‚Vereinfachungen‘ faktisch Rechtsverschärfungen darstellten. Das Hartz-IV-System bleibe überwiegend ein Kontrollrecht, mit einem Übergewicht des „Forderns“ gegenüber dem „Fördern“. Die niedrigen Hartz-IV-Regelsätze und harten Zumutbarkeits- und Sanktionsregeln würden weiter dazu führen, dass Hartz-IV-Beziehende nahezu jedwede Arbeit aufnehmen müssten. Der Ausbreitung prekärer Beschäftigung würde damit weiter Vorschub geleistet. Die IG Metall trete dagegen für ein sozialstaatliches Leistungsrecht ein, bei dem das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenz-



Die Fotoausstellung „Gesichter der Armut“ stieß auf großes Interesse

minimum im Zentrum steht und das vor Lohndumping schützt, anstatt es zu befördern.

Dirk Neumann, ebenfalls aus dem Ressort Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik/AGA beim IG Metall Vorstand, kritisierte die mögliche Zwangsverrentung von Langzeitarbeitslosen mit 63 Jahren. Zusammen mit dem schrittweisen Anstieg der Regelaltersgrenze und den damit verbundenen immer höheren Abschlägen bei der Rente führt die Zwangsverrentung immer mehr Menschen geradewegs in die Armutsfalle im Alter. Davon ausgehend erläuterte er die Vorschläge der IG Metall gegen den drohenden Rentensinkflug. Im Mittelpunkt des Rentenkonzepts steht dabei ein Drei-Phasen-Konzept, mit dem das Rentenniveau zunächst stabilisiert und dann die Renten wieder vollständig an die Lohnentwicklung angekoppelt werden sollen. Anschließend soll das Rentenniveau schrittweise auf ein neues Sicherheitsziel angehoben werden. Flankiert wird die Forderung durch einen konkreten Vorschlag für die zukünftige Höhe des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rente – und ein solides Finanzierungsmodell. Das fordert unter anderem die

Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung, also auch Selbstständige oder Beamte. Mit ihrer Rentenkampagne „Mehr Rente – Mehr Zukunft“ will die IG Metall für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung kämpfen.

Die engagierte Diskussion und die fundierten Fragen und Beiträge der Teilnehmenden im Bildungszentrum Beverungen zeigten, dass diese Form der politischen Bildung sehr gut angenommen wird. Ähnliche Veranstaltungen sind für das Jahr 2017 in Planung.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde im Bildungszentrum Beverungen die Ausstellung „Gesichter der Armut“ des Landesverbands der Arbeiterwohlfahrt in Mecklenburg-Vorpommern eröffnet. In Schwarz-Weiß-Bildern zeigt der Fotograf Bernd Lasdin Betroffene in ihrer privaten Umgebung. Nach der Aufnahme ließ er sie anschließend handschriftlich jeweils einen eigenen Kommentar unter das Foto schreiben.



Almut Jürries, IG Metall Bildungszentrum Beverungen, gibt Hans-Jürgen Urban Erläuterungen zur Ausstellung

Wie Ingo Giegling geht es vielen

Die Rente reicht kaum zum Leben / IG Metall macht sich für andere Politik stark

Vor 25 Jahren hat Bernd Nuppenau den AGA-Arbeitskreis Bielefeld mitgegründet. Auf der Geburtstagsfeier zog er diese Bilanz eines Vierteljahrhunderts: „Altersarmut ist die größte Sorge, die sich wie ein roter Faden durch unsere politische Arbeit zieht.“ Er spricht für viele. Allerorten widmen sich AGA-Gruppen und Senioren-Kreise dem Thema Rente. Kollege Dirk Neumann vom Funktionsbereich Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall schildert die Problematik am Beispiel von Ingo Giegling und beschreibt, was die IG Metall fordert und tut.

Ingo Giegling ist gelernter Heizungs- und Lüftungsbauer. Er arbeitete mehr als drei Jahrzehnte in seinem Beruf. Doch dann traten gesundheitliche Probleme auf, die sich rasch verschlimmerten. Es folgten die Anerkennung der Berufsunfähigkeit und eine Umschulung. Einige Jahre arbeitete er noch als Haustechniker, dann fiel er aber viele Monate gesundheitsbedingt aus. Die Folge: Jobverlust. Nach Auslaufen des ALG I war Giegling auf Hartz IV angewiesen.

Mittlerweile ist er in Rente. Doch die reicht kaum zum Leben: 961,92 Euro erhält er aktuell im Monat. Davon muss der 67-Jährige rund 600 Euro für Miete und weitere Fixkosten zahlen. Bleiben also gerade einmal 350 Euro für den täglichen Bedarf. Seinen Antrag auf Wohngeld lehnte das Amt an seinem Wohnort nahe Düsseldorf ab, weil die Rente zum Zeitpunkt des Antrags zu hoch war. Umziehen will der Rentner nicht. Deshalb muss er noch sparsamer leben und möglichst billig einkaufen.

Wie Ingo Giegling geht es immer mehr Menschen in Deutschland. Sozialer Abstieg oder gar Armut im Alter breiten sich aus und drohen zu einem Massenphänomen zu werden. Denn die Weichen in der Rentenpolitik sind falsch gestellt. Spätestens ab 2021 drohen weitere Leistungseinschnitte – zu Lasten der Versorgungssituation für heutige und besonders für zukünftige Rentner. Das zeigt ein Blick auf die sogenannte Standardrente nach 45 Jahren Durchschnittseinkommen: Beim Rentenniveau von aktuell rund 47,5 Prozent liegt diese bei 1.370 Euro – brutto! Beim Rentenniveau von 43 Prozent, wie es im





Langes Arbeitsleben – geringe Rente: Ingo Giegling ist einer von vielen Betroffenen

Jahr 2030 droht, wären das in heutigen Werten nur noch 1.240 Euro. Und vom sinkenden Rentenniveau sind alle betroffen, wirkt es sich doch unmittelbar auf höhere, mittlere und niedrige Renten aus.

Statt nun das Problem bei der Wurzel zu packen, wird häufig ein Generationenkonflikt heraufbeschworen: Eine Stärkung der gesetzlichen Rente ginge zu Lasten der Jüngeren, die immer mehr Ältere mit zudem steigender Lebenserwartung finanzieren müssten. Dabei sind von den beschlossenen Leistungskürzungen besonders die zukünftigen Rentner betroffen. Gleichzeitig scheitern viele daran, die wachsenden Lücken durch private Vorsorge zu schließen. Denn die Kosten dafür müssen sie überwiegend allein an völlig unsicheren Kapitalmärkten schultern.

Die IG Metall hat nun ein Rentenkonzept vorgelegt, um die Perspektiven aller Generationen in der Alterssiche-

rung zu verbessern. In drei Phasen sollte das Rentenniveau stabilisiert, anschließend die Rentenentwicklung wieder an die Lohnentwicklung angekoppelt und dann das Rentenniveau angemessen angehoben werden. Zudem fordert die Gewerkschaft unter anderem zielgenaue Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und flexible Übergänge in die Rente. Bei der Finanzierung setzt die IG Metall auf einen solidarischen Beitragsweg mit einem Mix aus Steuerzuschüssen, Erwerbstätigenversicherung, Demografie-Reserve sowie eventuell einer moderaten Anhebung des Beitragssatzes. Unter dem Motto „Mehr Rente – Mehr Zukunft“ hat die IG Metall eine Kampagne gestartet und unterstützt zugleich die Rentenkampagne des Dachverbandes DGB.

Weitere Infos unter www.mehr-rente-mehr-zukunft.de

Solidarisch mit jüngeren Beschäftigten

Warum und wie sich AGA-Kreise für eine radikale Rentenreform engagieren

Wenn die heutigen Rentnerinnen und Rentner sich für eine soziale Rentenreform starkmachen, zeigen sie sich damit auch solidarisch mit den heute noch jüngeren Berufstätigen. Beispiele hierfür gibt es in der IG Metall viele – zwei davon sind hier dokumentiert.

Mannheim

Die IG Metall-Seniorinnen und -Senioren in Mannheim erklären das so: „Eine Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, kommt vor allem Jüngeren zugute, weil für diese die Zusatzbelastung durch eine zwangsweise notwendige private Altersvorsorge entfällt: Das ist in den Debatten immer zu berücksichtigen, damit nicht unnötige Diskussionen über Generationenkonflikte entstehen.“ Was sich die Mannheimer IG Metall-Senioren erarbeitet haben und was sie tun, schildert AGA-Kollege Konrad Hirsch.



Mannheim: die Meinung der Passanten ist gefragt

Schon immer war die Rente vom Kaufkraftverlust der Bestandsrenten bis zur drohenden Altersarmut für künftige Neurentner zentrales Thema des Seniorenarbeitskreises der IG Metall Mannheim. Und Inhalt mehrerer Öffentlichkeitsaktionen. Es war daher nur folgerichtig, dass sofort nach ersten Hinweisen auf die neue Rentenkampagne der Gewerkschaften feststand: „Wir unterstützen wirksam die Rentenkampagne“. In einer zweitägigen Klausur im

Juni 2016 aktualisierten wir unseren Kenntnisstand. Und beschäftigten uns vornehmlich mit den Teilthemen, die in der Debatte wahrscheinlich von zentraler Bedeutung sein würden.



Infostand in der Innenstadt von Heidenheim, Baden-Württemberg

Systemvergleich

Die vorteilhafteren Eigenschaften der gesetzlichen Rente gegenüber den „Privatrenten“ wurden herausgearbeitet.

Renteneintrittsalter

Den immer wiederkehrenden Forderungen nach Erhöhung des Renteneintrittsalters sollte die Beschäftigungssituation knapp vor Rentenbeginn entgegengehalten werden.

Rentenfinanzierung

Befürworter privater Altersvorsorge „vergessen“ in der Debatte über den Rentenbeitrag die dadurch erforderli-



Aktive Rentnerinnen und Rentner der IG Metall-Geschäftsstelle Schweinfurt beteiligen sich an der Rentenkampagne

che „individuelle“ Beitragslast. Wir wollten genau diese in die Debatte einbringen.

So vorbereitet, starteten wir im September 2016 mit öffentlichen Infoständen. Mit dem Schwerpunkt „Rentensysteme im Vergleich“ suchten wir die Diskussion am Infostand. Und hatten für Interessierte auch die ausführlichen Unterlagen der IG Metall dabei. Zum aktiven Mitmachen gab es eine „Meinungsumfrage Rentensystem“, die eifrig genutzt wurde. Diese Meinungsumfrage



Jugendliche werden in Köln auf Rententhematik aufmerksam gemacht

nutzten wir auch zum Einstieg in den Dialog mit den politischen Parteien vor Ort.

Nach unseren guten Erfahrungen wurden die von uns eingesetzten diskussionsanregenden Materialien und Vorgehensweisen auch in anderen IG Metall-Geschäftsstellen angewendet, wie zum Beispiel in Heidelberg oder Heidenheim.

Kiel

In Kiel/Neumünster haben einige Seniorinnen und Senioren von IG Metall, Verdi, IG BAU und DGB gemeinsam die „Initiative Seniorenaufstand“ gebildet. AGA-Kollege Günter Hameister berichtet, was auf einer rentenpolitischen Gewerkschaftstagung mit 150 Teilnehmenden diskutiert wurde.

Durch die Rentenreformen der Vergangenheit ist die Kaufkraft der Renten auf den Stand von vor 30 Jahren gesunken. Seit 2003 hat sich die Zahl von Rentnerinnen und Rentnern, die die sogenannte Grundsicherung beziehen, mit über 500 000 bis heute mehr als verdoppelt. Da viele Anspruchsberechtigte aus Unkenntnis oder Scham darauf verzichten, ist die Dunkelziffer extrem hoch. Seriöse Studien beziffern die Zahl der Anspruchsberechtigten auf 1,6 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Prognosen sagen einen starken Anstieg der von Altersarmut betroffenen Menschen in wenigen Jahren voraus.

Wir wollen wieder die volle Parität

AGA unterstützt Kampagne für die gesetzliche Krankenversicherung

Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung treffen Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner besonders hart. Eine Unterschriftenaktion der IG Metall für die Rückkehr zur vollen Parität stößt auf großes Interesse und Teilnahme.

Ein Grundsatz der gesetzlichen Sozialversicherungszweige in Deutschland ist die hälftige Beitragszahlung durch die Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Für die gesetzliche Krankenversicherung gilt das schon lange nicht mehr. Seit mehr als 10 Jahren zahlen Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner einen höheren Beitragsanteil als die Arbeitgeber. Seit 2015 beträgt der allgemeine Beitragssatz 14,6 Prozent und wird paritätisch finanziert. Allerdings können die Kassen „kassenindividuelle Zusatzbeiträge“ erheben. Diese treffen nur die Versicherten, also auch Rentnerinnen und Rentner. Die steigenden Kosten im Gesundheitswesen führen dazu, dass inzwischen fast alle Kassen einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben. Diesen legt jede Kasse selbst fest, 2016 beträgt er im Durchschnitt 1,1 Prozent. Dabei schwankt er je nach Kasse zwischen 0,59 Prozent und 1,9 Prozent.

Für Waltraud G. mit 800 Euro monatlicher Rente sind das im Monat 8,80 Euro mehr Belastung, die sich am Jahresende auf 105,60 Euro summieren. Sie hat noch Glück! Wäre sie bei der Kasse mit dem höchsten Zusatzbeitrag von 1,9 Prozent versichert, wären das insgesamt 182,40 Euro.

Wolfgang H. mit 1500 Euro gesetzlicher Rente und 500 Euro betrieblicher Rente muss durch den Zusatzbeitrag jeden Monat 38 Euro oder im Jahr 456 Euro allein zusätzlich aufbringen, da seine Kasse mit 1,9 Prozent den höchsten Zusatzbeitrag erhebt.

Die IG Metall kritisiert von Anfang an den Bruch mit der Parität als verteilungspolitisch ungerecht. Die Versicherten werden einseitig belastet, während die Arbeitgeber von der Finanzierung des medizinischen Fortschritts und den Kosten einer solidarischen Gesundheitsversorgung entlastet werden. Zudem werden falsche ordnungspolitische Anreize gesetzt. Die Kassen werden in einen Kostenwettbewerb gezwungen. Statt Wettbewerb um attraktive Versicherte, sollten jedoch Versorgungsqualität und Versichertennähe Zielgrößen der Krankenkassen sein. Die IG Metall hat daher eine bundesweite Unterschriftenaktion gestartet. Die Resonanz ist enorm: In zahlreichen Geschäftsstellen der IG Metall begannen betroffene IG Metall-Mitglieder damit, Unterschriften zu sammeln mit dem Ziel der Wiederherstellung der tatsächlichen Parität. Diese wurden vielfach jeweils vor Ort Politikern übergeben.

So wurden auf einer Veranstaltung der IG Metall Köln-Leverkusen den örtlichen Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Karl Lauterbach (SPD) und Matthias Birkwald (LINKE) insgesamt 15.261 Unterschriften überreicht.

In der Diskussion mit Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, Günter Wältermann, Vorstandsvorsitzender der AOK Rheinland/Hamburg und Abgeordneten waren alle Vertreter der Meinung, dass die Politik die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der GKV beschließen muss.



Podiumsdiskussion in Köln (v.l. Hans-Jürgen Urban, Matthias Birkwald MdB, Prof. Dr. Karl Lauterbach MdB, Günter Wältermann AOK Rheinland/Hamburg, Witich Rossmann IG Metall)



Infostand Fußgängerzone Köln

„Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge ist eine eklatante Ungerechtigkeit, die schnellstmöglich aus der Welt zu schaffen ist. Die sozialstaatlich gebotene Parität ist ein unverzichtbares Grundelement unseres Wirtschaftssystems“, sagte Hans-Jürgen Urban.

Die AOK Rheinland/Hamburg sprach sich für eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesundheitskosten und für intelligente Kosteneinsparungen bei der Krankenhausreform aus. Matthias Birkwald schlug vor, eine breite Mehrheit im Bundestag dafür zu suchen.

Aktionen vor Ort – Zwickau als Beispiel

Wie die Unterschriftenaktion vor Ort in Gang gesetzt und erfolgreich laufen kann, beschreiben Angelika Berner, Hannelore Schaller und Rolf Schultze vom AGA-Arbeitsreis Zwickau:

Nachdem wir im Februar 2016 Kenntnis von geplanten Aktionen bekommen hatten, haben wir schon in einem Bildungsseminar am 24. Mai eine erste Unterschriftensammlung für die paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge gestartet. Eine weitere erfolgte in der Nebenstelle in Reichenbach von Hannelore Schaller im Juni, die nächste im Sprecherrat des AK AGA Zwickau am 13. Juli und auch von Rolf Schultze im Rahmen der gewerkschaftlichen Wohngebietsarbeit Eckersbach am 22. August. Dann war es Thema auf einem Bildungsseminar Anfang September. So kamen schon mal mehrere hundert Unterschriften zusammen.

Bisheriger Höhepunkt war eine öffentliche Aktion am 23. November 2016. Wir vier AGA-Aktiven waren an diesem Tag sehr gespannt, wie die Passanten in der Fußgängerzone vor den Zwickauer „Arkaden“ auf unsere Aktion reagieren werden. Wir wollten wissen, ob politische Aufklärungsarbeit am Bürger Sinn macht und Unterschriften sammeln für die paritätische Finanzierung der Gesundheitskosten. Mit unseren roten IG Metall-Jacken und dem Infostand konnte



Aktionen vor Ort – Zwickau

jeder erkennen, dass die IG Metall vor Ort war. Damit jeder wusste, worum es geht, präsentierten wir mit der aufgebauten Fifty-fifty-Wippe die ungerechte Verteilung der Kosten.

Was erlebten wir: Während uns zu Beginn ablehnende Mienen, hastiges Weitergehen, Wegschauen und Desinteresse begegneten, änderte sich das zusehends. So konnten wir innerhalb von drei Stunden 220 Unterschriften sammeln, die wir später an unsere zwei Bundestagsabgeordneten übergaben. Die vom Vorstand erarbeiteten Infos „Zusatzbeiträge abschaffen – Parität herstellen!“ wurden mit verteilt und gern entgegengenommen. Viele Rentner, junge Leute, Besucher aus dem Landkreis und von weiter entfernt nahmen sich Zeit und stellten sich der Diskussion. Oft war Aufklärung nötig, weil die Zusatzbeiträge noch keine Rolle spielten oder das Problem nicht bekannt war. Beamte meinten, das ginge sie nichts an. Arbeitgeber outeten sich ablehnend. Aber auch die große Politik war gefragt. Die Themen reichten vom Wahlergebnis in den USA über die Asylpolitik in Deutschland, die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die geringe Rente, bis zu den Bundestagswahlen im nächsten Jahr und die Gefahr durch die AfD.

Am Ende waren wir zufrieden mit unserem Einsatz. Wir wollen eine solche Aktion wiederholen und wieder aufklären über die Ungerechtigkeit bei der Finanzierung der Gesundheitskosten. Zu unserer Begründung gehört auch diese Erkenntnis: Noch niemals hat die Wirtschaft derartig hohe Gewinne erzielt wie zurzeit. Daraus folgt: Unsere Forderung ist mehr als gerecht und zeitgemäß!

BoB – ein Kürzel, das herausfordert

Wie AGA-Aktive die IG Metall bei Betriebserschließungen unterstützen (1)

BoB? Was um Himmels willen hat die AGA mit BoB zu tun? BoB, der Baumeister in der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit? Jürgen Keith, Experte für Betriebsratsgründungen im Auftrag der IG Metall Ludwigsburg, erklärt, was dahinter steckt.

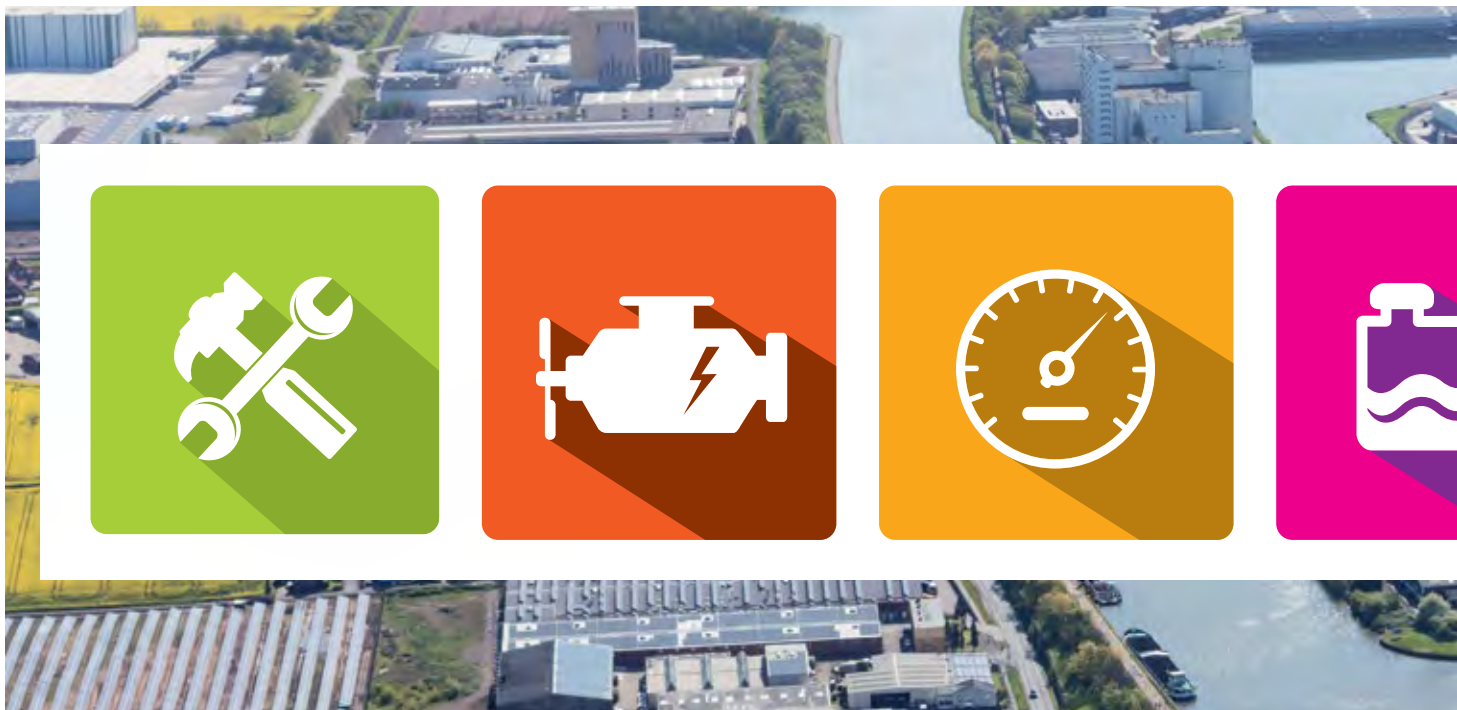
BoB ist die Abkürzung für „Betriebe ohne Betriebsrat“. Das gemeinsame BoB-Team der Geschäftsstellen Ludwigsburg und Waiblingen hat sich zum Ziel gesetzt, über Mitgliederwerbung und Betriebsratsgründungen gewerkschaftliche Strukturen in Betriebe zu bringen. Mitglieder sind Durchsetzungsmacht und Kampfkraft, sowohl in der Fabrik und den Büros als auch in den Geschäftsstellen. Eine Aufgabe, die einen langen Atem erfordert und bei der Erfahrung in Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit zum Rüstzeug gehört.

Ein Job wie geschaffen für Leute, die sich nach ihrer aktiven Zeit im Betrieb weiter für die IG Metall einbringen möchten. Ehemalige Gewerkschaftssekretäre, Betriebs-

ratsvorsitzende, VK-Leiterinnen und Referenten haben sich in diesem Team zusammengefunden. Gemeinsam mit einem aktiven Sekretär der Geschäftsstelle wird ein Fahrplan besprochen, wie aus Betrieben ohne Betriebsrat der Aufbau einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung wird.

Der Alltag des BoB-Geschäfts hat viele Gesichter, typische Gewerkschaftsarbeit, könnte man sagen. Strategiesitzungen im Gewerkschaftshaus, Flugblätter vor den Werkstoren verteilen, Menschen ansprechen und Mitglieder werben, Wahlvorstände bilden und schulen sowie neuen Betriebsräten das Laufen beibringen.

Meist beginnt das Abenteuer BoB mit einzelnen Metallrinnen oder Metallern aus betriebsratslosen Firmen, die in der Geschäftsstelle um Hilfe nachfragen. Bei dieser Gelegenheit besteht die Chance, aus einem individuellen Problem eine kollektive Geschichte zu machen, die ihre Lösung nur im gemeinsamen, gewerkschaftlichen



Handeln finden kann. Darüber hinaus sind alle Arten des Erstkontakts willkommen. In den Planungssitzungen des BoB-Teams analysieren wir die Potenziale und Möglichkeiten dieser Betriebe. Organizing-Prinzipien sind Teil der strategischen Überlegungen, und über die Geschäftsstelle werden Datenblätter der Firmen erstellt. Im nächsten Schritt versuchen wir Leute zu finden, die in diesen Firmen Mitglieder werben, die bereit sind, als Wahlvorstand oder als Betriebsrat zu kandidieren. Betriebslandkarten sind ebenso Teil der Arbeit wie Tipps zur Mitgliederwerbung oder die Machtfrage – wer macht was, mit wem, bis wann.

Mehrheiten zu schaffen, ist der entscheidende Faktor in diesem Prozess. Sobald die BoB-Experten mit den beteiligten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben zu der Auffassung gelangen, dass die Voraussetzungen beim Organisationsgrad erreicht sind und die Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlvorstand und/oder den zukünftigen Betriebsrat stabil und geschult stehen, wird die Wahl eines Betriebsrates eingeleitet.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt regt sich die Arbeitgeberseite. Es wird spannend, denn der Kampf um die Mitbestimmung der Beschäftigten beginnt. Wie die Auseinandersetzung geführt wird, bestimmen die handelnden Personen im Betrieb. Das BoB-Team steht nun in der Tradition von Norma Rae und Woody Guthry. Abhängig von der Betriebsgröße finden die Bestimmungen der Wahlordnung des Betriebsverfassungsgesetzes ihre Anwendung.

Spätestens am Tag der Betriebsratswahl zeigt sich der Erfolg der Mission. Die gewerkschaftlich organisierten Kandidierenden werden bis zu den ersten Schulungen von den BoB-Experten begleitet, danach geht die Firma in die normale Betriebsbetreuung der Geschäftsstelle über. So schließt sich mit BoB der Kreis, durch die Arbeit der ehemaligen Mandatsträger wird durch außerbetriebliches Engagement wieder betriebliche Interessenvertretung.



Mit Betriebsrat läuft die Arbeit besser

Wie AGA-Aktive die IG Metall bei Betriebserschließungen unterstützen (2)

„Manchmal kostet es schon Überwindung, zu unwirtlicher Zeit vor den Betrieben zu stehen“, gibt AGA-Kollege Rolf-Rüdiger Beyer zu, „aber wenn sich Erfolge einstellen, verschafft es einem auch ein sehr gutes Gefühl.“ AGA-Kollege Günter Hameister hat mit ihm gesprochen.

Frisch ist es an diesem frühen Montagmorgen im Juni. Zum Glück regnet es nicht. Aber die „Unterstützer“ der IG Metall-Seniorinnen und -Senioren in Hamburg sind es gewohnt, zu ungewohnten Tageszeiten und bei jedem Wetter zu helfen. Diesmal werden sie vor den Betrieben eines der größten Autohäuser in Hamburg gebraucht. Die Firma Wichert ist der größte Händler für Fahrzeuge aus dem Volkswagen-Konzern in Hamburg. Mehr als 1000 Kolleginnen und Kollegen arbeiten im Verkauf, in

der Verwaltung und den Werkstätten der 17 Standorte. Unterstützt werden die IG Metall-Seniorinnen und -Senioren von Volker Pieper, dem Betriebsratsvorsitzenden des Standortes Bornkampsweg, des einzigen Standortes mit einem Betriebsrat, und zwei Betriebsräten der Volkswagen AG aus Hamburg.

„Mit Betriebsrat läuft die Arbeit besser – auch bei Wichert“ lautet das Motto der Aktion. Maike Lüdemann von der IG Metall-Geschäftsstelle in Hamburg ist verantwortlich für die Aktion, deren Ziel es ist, an weiteren Standorten die Bildung von Betriebsräten zu erreichen.

Rolf-Rüdiger Beyer ist einer der Unterstützer. Er steht in der Wendenstraße und übergibt den ankommenden Kolleginnen und Kollegen einen Flyer. Darin werden die



Rolf-Rüdiger Beyer unterstützt die Aktion „Mit Betriebsrat läuft die Arbeit besser“ in Hamburg

Vorteile einer Betriebsratsvertretung dargestellt, wie Schutz vor unberechtigten Kündigungen, gerechte Urlaubsplanung, Sorge bei Beschwerden und mangelnden Arbeitsbedingungen oder Sicherstellung von Aus- und Weiterbildung.

Rolf-Rüdiger Beyer weiß über die Bedeutung von Betriebsräten für die Beschäftigten Bescheid. Bis zu seinem Ruhestand war er über viele Jahre Betriebsrat bei der Firma Sharp in Hamburg. Fast alle Beschäftigten nehmen den Flyer mit Interesse entgegen. „In kurzen Gesprächen am Betriebstor wurde deutlich: Viele wünschen sich einen Betriebsrat. Jetzt kommt es darauf an, Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen, die es auch in die Hand nehmen“, sagt Rolf-Rüdiger Beyer.

Insgesamt waren von den über 30 Unterstützern 20 an diesem Morgen vor den Toren der verschiedenen Standorte der Firma Wichert aktiv. Immer wieder werden die Unterstützenden gebraucht, oft unterstützen die aktiven IG Metall-Senioren und -Erwerbslosen Aktionen in Tarifauseinandersetzungen.

Viel Unterstützung leisten die Seniorinnen und Senioren auch im Handwerksbereich, aber nicht nur dort. So gelang es in der Vergangenheit, beim Windenergieanlagenhersteller REpower (heute Senvion GmbH) einen Betriebsrat zu wählen, viele neue IG Metall-Mitglieder zu gewinnen und nach jahrelanger Auseinandersetzung einen Tarifvertrag durchzusetzen. Großen Anteil hatten dabei auch unsere Unterstützer, die regelmäßig vor der Firmenzentrale Flugblätter verteilten und Gespräche führten.



FAIR. AUCH BEI WICHERT MIT BETRIEBSRAT

»MIT BETRIEBSRAT LÄUFT DIE ARBEIT BESSER – AUCH BEI WICHERT.«

Volker Pieper Betriebsratsvorsitzender Wichert Bornkampsweg

Jubiläen, Neuanfang, Umbruch

„AGA ist unverzichtbar“ / „Das Berufsleben endet, die IG Metall bleibt“

In Emden gab die Werftenkrise, in Eisenhüttenstadt die Stahlkrise mit der Entlassung und Vorruhestandsversetzung von Tausenden Beschäftigten den Anstoß zur Bildung von AGA-Gruppen. Emden beging vor Kurzem das 30-jährige Bestehen, Eisenhüttenstadt, Berlin und Bielefeld feierten ihr 25-jähriges Bestehen, die AGA Lenneschiene ist 20 Jahre jung. Im Märkischen Kreis wurde eine neue AGA-Gruppe gegründet. In Dortmund wird die AGA-Arbeit völlig neu organisiert.

Emden

Auf 30 Jahre erfolgreiche Arbeit kann der Seniorenarbeitskreis Emden zurückblicken. In der Werftenkrise in den 1980er-Jahren verloren 40 Prozent der IG Metall-Mitglieder in Emden ihren Arbeitsplatz, und das bei ohnehin schon 20 Prozent Arbeitslosigkeit in der Region. 1986 startete ein Arbeitskreis, um arbeitslosen Mitgliedern gewerkschaftliche Handlungsfelder zu öffnen und sie zu beraten. Es begann ursprünglich mit sechs Kollegen. Inzwischen ist daraus der Seniorenarbeitskreis der Geschäftsstelle Emden geworden, mit über 120 aktiven Mitgliedern. Michael Hehemann, Erster Bevollmächtigter in Emden, sagte zum Jubiläum: „Der Kreis hat nichts von seiner aktiven Rolle eingebüßt. Im Gegenteil. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer IG Metall Emden.“ Heute sind die Aktiven in sieben ständigen Arbeitsgruppen organisiert: Geschichtswerkstätten Werften und VW, Infomobil und Aktionsgruppe Mitgliederrückgewinnung, Betreuung, Soziales, Garten. Meinhard Geiken, Leiter des IG Metall-Bezirks Küste, würdigte das Engagement so: „Von der Jugend bis zu den Seniorinnen und Senioren: Gewerkschafter bleibt man ein Leben lang.“

Eisenhüttenstadt

Unter der Losung „Rentner und Vorruheständler der IG Metall der EKO Stahl AG – Eure Seniorenvertretung hat sich gebildet“ wurde im Juni 1991 der heutige AGA-Arbeitskreis gegründet. Diese Seniorenvertretung kümmerte sich um IG Metall-Mitglieder, die ehemalige Mitarbeiter aus Betrieben von Metallurgie, Maschinen-

bau, Stahlbau und Schiffbau waren. In den ersten Jahren ging es vor allem um den Kampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen, insbesondere bei EKO Stahl. Die Aktivitäten reichten von Mahnwachen unter dem Motto „Lasst die Flamme nicht erlöschen“ bis hin zu jährlichen Treffen mit den Arbeitsdirektoren von EKO Stahl.

Berlin

Am 23. November 2016 beging der IG Metall-Seniorenarbeitskreis Berlin sein 25-jähriges Bestehen. In diesem Vierteljahrhundert ist, um mit Willy Brandt zu sprechen, „zusammengewachsen, was zusammengehört“. Metaller aus Ost-Berlin und West-Berlin haben dauerhaft zusammengefunden. Sprecher aus dem Osten und dem Westen der Stadt zogen bei der Jubiläumsfeier übereinstimmend diese Bilanz: „Aus unseren Köpfen sind Ossi und Wessi verschwunden. Jeder hat vom anderen gelernt. Viele von uns sind Freunde geworden.“ Die Seniorinnen und Senioren sind in sechs ständigen Arbeitsgruppen aktiv. Eine davon ist die Gruppe „Aktiv 55 plus“. Diese Gruppe positioniert sich so: „In den nächsten zehn Jahren heißt es, ein Drittel unserer Mitglieder beim Übergang in die Rente zu halten und zu begleiten – wir bleiben dran!“



Senioren-Arbeitskreis beim jährlichen Seminar in Erkner

Bielefeld

Es war am 30. Januar 1991, als 60 Rentner in der IG Metall Bielefeld den Seniorenarbeitskreis gründeten. Die Bielefelder IG Metall zählt heute rund 4000 Mitglieder im Ruhestand. Gut 120 von ihnen sind regelmäßig aktiv.



125 Jahre IG Metall Albstadt – aktiv für gute Arbeit



Jubiläumsveranstaltung in der Geschäftsstelle Gera

Lenneschiene

Auf Anregung der Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Märkischer Kreis, Gudrun Gerhardt, wurde der Kollege Uli Mannack beim 20. Geburtstag des Seniorenarbeitskreises Lenneschiene einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Er war einst einer der jüngsten Vorsitzenden eines Seniorenarbeitskreises in der IG Metall und hat den Arbeitskreis mehr als 20 Jahre lang geleitet.



Märkischer Kreis Geschäftsführerin Gudrun Gerhardt mit dem neuen Vorsitzenden des AGA-Arbeitskreises Klaus Schwabe

Märkischer Kreis

Der Ort war bezeichnend: „Generationenraum“ heißt der Raum in der IG Metall-Geschäftsstelle, in dem am 2. Juni 2016 der AGA-AK für den Märkischen Kreis gegründet wurde. Zu den Vorhaben, die sich nach lebhafter Diskussion herauskristallisierten, gehören auch Patenschaften für neu gewählte Betriebsräte und Mitgliederversammlungen nach Feierabend für Kleinbetriebe.

Dortmund

Unter dem Motto „Das Berufsleben endet, die IG Metall bleibt“ organisiert die Geschäftsstelle Dortmund ihre AGA-Arbeit neu. AGA-Sprecher Detlef Kohlmann berichtet, worum es geht: Die AGA-Arbeit befindet sich im Umbruch. Die bisher von Stadtteilgruppen und dem

AK Senioren geleistete Arbeit koordiniert nun ein zentraler AGA-Ausschuss. Die Stadtteilgruppen wurden in den 60er-Jahren zur wohnortnahen Betreuung der vielen Tausend Beschäftigten in der Stahlindustrie (Hoesch) und des Metall- und Elektrogewerbes gegründet. Mit den ersten Sozialplänen in den 70er-Jahren verloren viele Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz. So kam den Stadtteilgruppen als Bindungselement an die IG Metall eine besondere Bedeutung zu. Der Strukturwandel, aber auch die demografische Entwicklung ließen den Zuspruch langsam, aber deutlich sinken. Die meist monatlichen Versammlungen wurden trotz interessanter Themen und namhafter Referenten immer weniger besucht. Lange hat man versucht, die Institution Stadtteilgruppe mit neuen Impulsen wieder attraktiv zu machen. Letztlich aber doch erfolglos. Nun leitet und koordiniert ein zentraler AGA-Ausschuss die Arbeit. Dieser wurde nicht gewählt, sondern jede/jeder der 30 AGA-Delegierten sollte die Möglichkeit erhalten, sich aktiv einzubringen, zumal sie seit vielen Jahren vor Ort mit der AGA-Arbeit vertraut sind. Am Ende erklärten sich 24 Kolleginnen und Kollegen bereit. Sie wählten ein 7-köpfiges Leitungsgremium. Welch hohen Stellenwert die IG Metall Dortmund der AGA-Arbeit beimisst – sie repräsentiert mit etwa 10 000 Mitgliedern die Hälfte der Mitgliedschaft – zeigt sich darin, dass der Sprecher des AGA-Ausschusses Sitz und Stimme im Ortsvorstand hat. Da die handelnden Personen in der Mehrzahl auch den AK Senioren betreuen, wird intensiv an der Frage des Miteinander gearbeitet.



AGA in Dortmund

AGA im Tarifikampf

Ob in Albstadt, Bautzen, Berlin, Bocholt, Leipzig, Krefeld, Zwickau oder an vielen anderen Orten in Deutschland: Überall galt für die AGA-Arbeitskreise, was die Leipziger AGA-Kolleginnen und -Kollegen in ihrem Rückblick auf die Tarifrunde 2016 festgehalten haben: „Für uns ehrenamtliche AGA-Aktivisten stand von Anfang an fest: Bei dieser Tarifbewegung dürfen wir nicht fehlen.“

Die Leipziger AGA-Kolleginnen und -Kollegen sprechen auch für viele andere, wenn sie begründen, warum sie in der Tarifrunde 2016 wieder Beschäftigte bei Warnstreiks und Kundgebungen unterstützt haben: „Gute Lohnerhöhungen sind gut für die Kaufkraft und wirken sich später auch auf die Rentenerhöhungen aus.“

Auch die Berliner IG Metall-Seniorinnen und -Senioren sprechen für viele andere, wenn ihr Vorsitzender Hartmut Meyer bekundet: „Wir Berliner IG Metall-Senioren bleiben auch als Rentner immer Teil der Tarifbewegung.“

Das ist tief im Westen der Republik nicht anders: In Nordrhein-Westfalen beteiligten sich an einem ersten Warnstreik mehr als 6500 Beschäftigte aus mehr als 50 Betrieben. „Schwerpunkt war Bocholt, wo 1400 Streikende Seite an Seite mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus dem AGA-Arbeitskreis lautstark und mit Trillerpfeifen demonstrierten“, berichtet AGA-Kollege Karl-Heinz Benders. Bei einem zweiten Warnstreiktag kamen in Köln mehr als 8000 Beschäftigte zusammen, die in über 100 Bussen aus ganz Nordrhein-Westfalen angereist waren. „Auch hierbei unterstützten die Mitglieder aus den örtlichen AGA-Arbeitskreisen ihre Kolleginnen und Kollegen.“

„Auch im Jahr 2016 konnte sich die IG Metall Albstadt auf ihre sehr aktiven Seniorinnen und Senioren verlassen. Die IG Metall Albstadt bedankt sich bei dem Seniorenarbeitskreis für die tatkräftige Unterstützung“. Mit diesen Worten würdigte Gewerkschaftssekretär Klaus Peter Manz von der IG Metall-Geschäftsstelle Albstadt in einem Bilanzbericht das Engagement der Seniorinnen und Seni-



AGA-Metallerinnen und -Metaller solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen im Tarifikampf: Szenen aus verschiedenen Städten

oren. Als besondere Beispiele schildert er ihren Einsatz in der Tarifaueinandersetzung und bei der 125-Jahr-Feier der IG Metall. Über die Kundgebung im Tarifikampf berichtet Manz so: „Es wurden kräftig Getränkekisten, Bierbänke, Sonnenschirme und Zelte geschleppt und aufgebaut. Als dann die Kolleginnen und Kollegen am Marktplatz ankamen, wurden sie mit Getränken bestens versorgt. Dies war wieder ein perfektes Beispiel dafür, dass man sich auf den Seniorenkreis Albstadt verlassen kann.“

AGA zeigt sich

Gedruckt und im Internet: Gewerkschaftliche AGA-/Seniorenpolitik ist in NRW, Hamburg, Berlin, Hannover und Bremen sichtbar

Rentnerinnen und Rentner sowie erwerbslose Mitglieder können sich in der IG Metall in der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit (AGA) einbringen und so aktiv Gewerkschaftsarbeit mitgestalten. Für die AGA-Vertreter der 39 Geschäftsstellen im IG Metall-Bezirk Nordrhein-Westfalen ist der bezirkliche Ausschuss Ort für Information, Austausch und Diskussion.



Die Vielfalt der bezirklichen AGA-Arbeit wird in einer neuen Broschüre „Aktiv in jedem Alter“ des Bezirks NRW sichtbar.

Das „Senioren-Echo“ wird von einer ehrenamtlichen Redaktionsgruppe in der IG Metall-Region Hamburg erstellt und erreicht alle vier Monate rund 10 000 Mitglieder, die in Rente sind. Es kann auf der Website der Geschäftsstelle als PDF-Datei eingesehen werden:

www.igmetall-hamburg.de/aktive-aga-ausserbetriebliche-gewerkschaftsarbeit/news/seniorenarbeitskreise-in-der-ig-metall-region-hamburg-1566



Der „Senioren-Report“ der IG Metall-Geschäftsstelle Berlin hat eine schon über 20-jährige Tradition und erscheint inzwischen in neuem Layout. Interessierte kön-

nen den Senioren-Report, der fünfmal im Jahr erscheint, im Internet finden unter:

www.igmetall-berlin.de/gruppen/arbeitskreise/ak-senioren/senioren-report/



In Hannover wird ebenfalls von einer ehrenamtlichen Seniorengruppe viermal jährlich das **SeniorInnen-Info** produziert. Die letzten Exemplare können als PDF-Dateien heruntergeladen werden:

www.igmetall-hannover.de/gruppen-gremien/senioren/



In Bremen gibt es unter dem Dach des DGB eine Zeitschrift mit dem Namen „Wir“, die sich an gewerkschaftlich aktive Rentnerinnen und Rentner wendet und bei der einige Metallerinnen und Metaller mitarbeiten. Alle Exemplare der „Wir“ können auf den Internetseiten von „Arbeit und Leben“ in Bremen abgerufen werden:

www.aulbremen.de/index.php?key_nav=002-003-017



Was AGA noch bewegt

Hilfe für Erwerbslose

Viele ehrenamtliche Metallerrinnen und Metaller engagieren sich in der Erwerbslosenarbeit. Vom Arbeitslosenfrühstück, der Aktion „Auf Recht stehen“, Internetauftritt, Arbeitslosenstammtisch bis hin zur Begleitung von Erwerbslosen zum Jobcenter reicht das Spektrum im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen. Um als Sozialberater aktiv sein zu können, heißt es sich immer wieder (zu) qualifizieren. Nötig sind nicht nur Kenntnisse der Sozialgesetzbücher II und III (SGB II und SGB III). Ein Großteil der sozialrechtlichen Rechtssetzung kommt jährlich durch richterliche Entscheidungen

(Richterrecht) zustande. Ein besonderer Qualifizierungsschwerpunkt liegt auf den Themen Zwangsverrentung und Erbenhaftung aus dem SGB II sowie auf der Sperrzeitenregelung aus dem SGB III. Die Arbeit lohnt sich: Viele Bescheide von der Agentur für Arbeit oder vom Jobcenter weisen Fehler auf. Die IG Metall und der DGB Rechtsschutz erweisen sich hier als starke Partner in Sozialrechtsfragen.

Pflegeversicherung

Die AGA in Siegen, wo etwa 5600 Seniorinnen und Senioren der IG Metall angehören und rund 100 von ihnen



Alt und Jung gemeinsam gegen das Handelsabkommen CETA, hier bei der Demonstration in Frankfurt am Main

aktiv bei AGA mitmachen, hat sich auch der Pflegeversicherung gewidmet. Helmut Ermert, der Vorsitzende der Senioren, sagt: „Das ist ein ganz wichtiger Bereich, denn viele pflegebedürftige Menschen werden nicht richtig eingestuft.“ Die IG Metall hilft, bis hin zu Klagen vor den Sozialgerichten.

Flucht und Asyl

In Krefeld war 2016 Flucht und Asyl ein Thema. Das Ganze stand unter dem Motto: Argumente und Informationen statt Populismus sind angesagt! Die IG Metall Krefeld hat die Ausstellung von Pro Asyl nach Krefeld geholt,



AGA-Aktive der Geschäftsstelle Berlin bei Aktion gegen unbezahlte Überstunden



die den Blick für Ursachen und Folgen von Flucht und Asylwunsch schärft. Viele ältere Kolleginnen und Kollegen haben noch Erinnerungen an die Zeit des Zweiten Weltkriegs, an die Zuwanderung aus dem Osten und die Anwerbung südeuropäischer „Gastarbeiter“. „Respekt und Toleranz sind und waren unsere Werte, die ein vernünftiges Zusammenarbeiten und Zusammenleben von Menschen ermöglichen!“, erinnert beispielsweise Willi Claessen. „Kein Mensch verlässt seine Heimat freiwillig. Egal, ob Krieg, Verfolgung oder wirtschaftliche Not – kein Mensch ist illegal. Und wir stehen in der Pflicht, allen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen“, brachte es Peter Altmann auf den Punkt.

Buena Vista AGA Social Club

Für die 125-Jahr-Feier der IG Metall Krefeld haben sich die AGA-Kolleginnen und -Kollegen etwas Besonderes einfallen lassen. Gesungene Geschichte. Sie haben sich zu den historischen Meilensteinen der Organisation Arbeiterlieder herausgesucht, einstudiert und diese an drei Abenden einem begeisterten Publikum vorgetragen. Proben und Auftritte waren Gewerkschaftsarbeit in Reinform: sich mit Spaß und Leidenschaft gemeinsam für eine gute Sache engagieren. „Tschüss, Fischerchöre – Hallo IG Metall!“

Gegen das Vergessen

Drei Tage Seminar in Buchenwald extra für AGA / Junge und Alte gemeinsam

Das Motto „Aus der Geschichte lernen“, indem man historische Stätten besucht, wird von vielen AGA-Gruppen umgesetzt. Hier ein Beispiel aus Nienburg-Stadthagen, Bielefeld und Zwickau, die unabhängig voneinander einen Besuch des ehemaligen KZ Buchenwald organisierten.

Nienburg-Stadthagen

Die Idee hatten die AGA-Kollegen Gerd Hartmann, Ludwig Kraus und Lutz Heitmann von der IG Metall in Nienburg und Stadthagen: Für drei Tage reisten zwölf Teilnehmende zu einem von ihrer AGA organisierten Seminar in das ehemalige KZ Buchenwald. Das Konzept war gemeinsam mit der Gedenkstätten-Mitarbeiterin Annette Schmitz erarbeitet worden. Über „Arbeit und Leben“ wurde das Seminar als Bildungsurlaub angeboten. Der IG Metall-Ortsvorstand trug zu dem Vorhaben mit einem finanziellen Zuschuss bei. Unterbringung, Räume und Verpflegung wurden über die Jugendbegegnungsstätte der Stiftung Gedenkstätte Buchenwald organisiert. Lutz Heitmann berichtet:

„In den drei Tagen lernten wir das gesamte Gelände kennen, das nach 1990 in seinen ursprünglichen Grenzen wieder freigelegt wurde. Den Bahnhof, das Lagertor mit seiner zynischen Inschrift ‚Jedem das Seine‘, den Karachoweg, Kommandantur, SS-Zoo, den Appellplatz, das Krematorium und die Dauerausstellung haben wir ausführlich besichtigt. Und dabei wurde viel gefragt und diskutiert. Auch den Steinbruch (Vernichtung durch Arbeit) sowie die Orte, an denen das berühmte Kinderlager und auch das Lagerbordell gestanden haben, erkundeten wir. Außerhalb des Lagers mussten die Häftlinge in kürzester Zeit Villen für den Lagerkommandanten Karl Koch und

seine Frau Ilse („Die Hexe von Buchenwald“) und andere SS-Schergen errichten. Für die Führungselite um Reichsjägermeister Hermann Göring wurde der Falkenhof mit Jagdhütte gebaut. Diese Gebäude sind nach 1945 als Baumaterial abgetragen worden, die Fundamente sind noch zu sehen. Weiter konnten wir die museologische Sammlung der Gedenkstätte mit unzähligen Exponaten besichtigen. Die Strukturen und die Arbeitsweisen der illegalen Lagerleitung waren Thema im Seminar. Die noch vorhandenen Unterlagen des legendären Metallers Willi Bleicher, dem IG Metall-Gewerkschafter, der später Bezirksleiter in Baden-Württemberg war, konnten wir einsehen.

Weimar und der Nationalsozialismus

Unter diesem Aspekt besichtigten wir am dritten Tag die Stadt. Weimar und die Klassik waren für den Nationalsozialismus von besonderem Interesse. Die gesamte Stadt und ihr Kulturbetrieb sollten umgestaltet werden, um dem NS-Ideal einer ‚deutschen Kultur‘ für die ‚Volksgemeinschaft‘ zu entsprechen. Monumentale Bauten wie das Gauforum haben wir uns angeschaut. Ebenso besuchten wir das Hotel Elephant, den großherzoglichen Marstall, einst Hauptquartier der Gestapo, mit den schallisolierten Verhörzellen sowie den Hauptbahnhof, wo seit 1938 Zigtausende Häftlinge ankamen und ins acht Kilometer entfernte KZ getrieben wurden. Am Osteingang des Hauptbahnhofs wurde



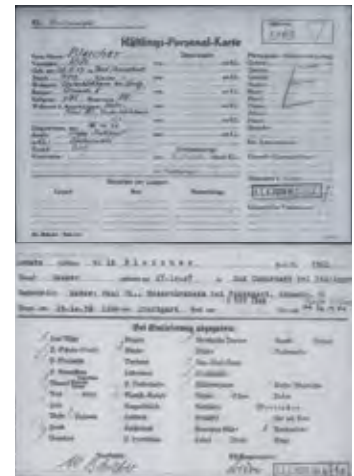
Niedersächsische AGA-Kolleginnen und -Kollegen gedenken der Opfer



Blick in die Kleiderkammer der Gedenkstätte



Die niedersächsische Seminarrunde in Buchenwald



Karteikarten zum Häftling und Metaller Willi Bleicher

1998 eine Gedenktafel angebracht, die an die Ankunft der Opfer des antijüdischen Pogroms in Weimar erinnert. Für alle zwölf Teilnehmer war es ein lehrreiches Seminar. Wir können Nachahmung nur empfehlen.“

Zwickau

Jeder der 25 AGA-Gewerkschafter aus Zwickau, die mit nach Buchenwald fahren, hatte sich auf ganz eigene Weise darauf vorbereitet. Aber das, was sie vor Ort sahen und hörten, übertraf alle ihre Vorstellungen. Ob an der Straße zum Lagereingang, am Eingangstor, am Krematorium oder den Hinrichtungsstätten: Überall wurde ihnen das Grauen nahegebracht. Was sie hier über die menschenverachtenden Bedingungen, die unbeschreiblichen Erniedrigungen und Quälereien, die medizinischen Versuche an lebenden

Menschen, den Hunger, stunden-, sogar tagelanges Stehen auf dem Appellplatz bei Kälte oder sengender Hitze, die Massenerschießungen und den unsäglichen Zynismus gegenüber den Häftlingen erfahren, hat sie nachhaltig tief bewegt.

Bielefeld

Gelegenheit auch für die Verständigung zwischen alten und jungen Gewerkschaftern sind Reisen zu Gedenkstätten des Nazi-Terrors. So organisiert der AGA-Kreis Bielefeld Fahrten mit Jugendlichen zu den ehemaligen Konzentrationslagern Bergen-Belsen und Buchenwald. „Wider das Vergessen ist eine der Aufgaben, die für die AGA in Bielefeld wichtig sind“, sagt ihr AGA-Vorsitzender Manfred Austen.



AGA-Kolleginnen und -Kollegen aus Zwickau in Buchenwald



Blick in die Restaurierungswerkstatt

Impressionen vom politischen Forum „Soziale Gerechtigkeit“



Bildungsangebote für die AGA-Aktiven im Jahr 2017

Seminare für AGA-Multiplikatoren/-innen, Sozialberaterinnen und -berater und Erwerbslose

Ehrenamtliches Engagement in der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit braucht auch Qualifizierung. Das Ressort Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik/AGA bietet in Zusammenarbeit mit dem IG Metall-Bildungszentrum Beverungen die unten stehenden Seminare an. Ausführliche Beschreibungen sind im „**Bildungsprogramm 2017 der IG Metall für Aktive in Betrieb und Gesellschaft**“ zu finden. Das Programm ist auch im Internet unter www.igmetall.de zu finden.

Bei den Blockseminaren gilt, dass eine Teilnahme **nur** möglich ist, wenn jeweils die Anmeldung für **beide** Blöcke verbindlich erfolgt ist.

Zeit	Titel	Seminarnummer	Ort
19.03. – 22.03.2017	Multiplikator(inn)en AGA Block I	WX01217	BZ Beverungen
21.05. – 24.05.2017	Anregungen für Erwerbslosenarbeit in der IG Metall	WX12117	BZ Beverungen
09.06. – 10.06.2017	Quo vadis Sozialstaat? Forum politische Bildung	WA02317	BZ Beverungen
30.07. – 02.08.2017	Weiterentwicklung der AGA vor Ort	VV003117	BZ Bad Orb
27.08. – 30.08.2017	Weiterentwicklung der AGA vor Ort	WX03517	BZ Beverungen
13.09. – 15.09.2017	Multiplikator(inn)en AGA Block II	WX23717	BZ Beverungen
15.10. – 18.10.2017	Vertiefungsseminar – Sozialberatung zum SGB II	WX14217	BZ Beverungen

Für hauptamtliche Betreuer/-innen von AGA-/Senioren-/Erwerbslosenarbeitskreisen und Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Geschäftsstelle aktiv bei Projekten im Übergang zu ATZ und Rente beteiligen, gibt es ein Seminar des Ressorts „Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche“:

Zeit	Titel	Seminarnummer	Ort
22.11. – 24.11.2017	55plus – eine Zukunftsaufgabe für die IG Metall	HO174711	BZ Bad Orb

Für Kolleginnen und Kollegen, die in den Geschäftsstellen Sozialberatung durchführen, sind im Programm der „Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche“ folgende Seminare geplant:

Zeit	Titel	Seminarnummer	Ort
09.04. – 12.04.2017	Mitgliederberatung in sozialen Rechtsfragen – Update und Vertiefung zum SGB II	HO171512	BZ Bad Orb
07.05. – 10.05.2017	Mitgliederberatung zum SGB II – Einführung für neue Sozialberater/-innen	HB171912	Berlin
19.11. – 22.11.2017	Mitgliederberatung in sozialen Rechtsfragen – SGB III	HO174712	BZ Bad Orb

Impressum:

Herausgeber:
IG Metall Vorstand
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main

Verantwortlich:
FB Sozialpolitik, Christoph Ehlscheid

Redaktion:
Dieter Beckmann, Karl-Heinz Benders, Angelika Berner,
Günter Hameister, Lutz Heitmann, Konrad Hirsch, Jürgen Keith,
Thomas Krischer, Peter Römer

Texte und Mitarbeit:
Peter Altmann, Tina Bader, Iris Billich, Stefanie Janczyk,
Gerhard Karschen, Detlef Kohlmann, Dirk Neumann,
Hannelore Schaller, Rolf Schultze, Ramon Zorn

Textliche Überarbeitung:
Wolf Gunter Brüggemann

Fotos:
Titel: IG Metall Geschäftsstelle Albstadt
IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, Nordrhein-Westfalen,
IG Metall Geschäftsstellen Mannheim, Heidenheim, Schweinfurt,
Köln-Leverkusen, Zwickau, Region Hamburg, Albstadt, Märkischer
Kreis, Gera, Dortmund, Bocholt, Ostbrandenburg, Nienburg-Stadthagen
Christian Schauderna (Politisches Forum 2016), Jürgen Seidel
(Veranstaltung der IG Metall Köln-Leverkusen zur Parität), Ramon Zorn
(Seminar Seniorenarbeitskreis, Tarifikampf, Aktion der IG Metall
Geschäftsstelle Berlin), Angelika Beier (Demonstration CETA)

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Druck:
mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg

Stand:
Dezember 2016

